

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
9 / 2010

Politischer Bericht

Linke Wallonie – Rechtes Flandern Belgien vor neuer Bewährungsprobe

16. Juni 2010

Christian Forstner
Leiter der Verbindungsstelle Brüssel



IMPRESSUM

Herausgeber	Copyright 2010, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: 089/1258-0, E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich	Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: 089 1258-202 oder -204 Fax: 089 1258-368 E-Mail: mailing@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten.
Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.
Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Linke Wallonie, rechtes Flandern: Belgien vor neuer Bewährungsprobe

Am 13. Juni fanden in Belgien vorzeitige Neuwahlen zur Abgeordnetenversammlung und zum Senat statt. Die Wahlen brachten ein eindeutiges Ergebnis: Flandern wählt rechts, die Wallonie links. Die Wahlsieger lauten Bart De Wever, Vorsitzender der Partei Neue Flämische Allianz (**NVA**), einerseits und Elio Di Rupo, Vorsitzender der wallonischen Sozialisten (**PS**), andererseits. Sie sind jetzt die entscheidenden Akteure der belgischen Politik. Was auf den ersten Blick unvereinbar erscheint – ein Bündnis zwischen einem flämischen Nationalisten und einem wallonischen Sozialisten – erscheint bei näherer Analyse eine wahrscheinliche Variante der Regierungsbildung. Dafür erforderlich sind Kompromissbereitschaft, politische Klugheit und Verhandlungsgeschick. Eigenschaften, über die Belgiens Politiker in der Regel verfügen. Die prioritären Themen der innenpolitischen Agenda liegen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Haushaltskonsolidierung sowie in der weiteren Staatsreform. Der Spielraum, sich trotz grundsätzlich divergierender Programme auf gemeinsame Positionen zu einigen, ist durchaus vorhanden.

Wahlverlierer sind die flämischen Christdemokraten (*CD&V*), die flämischen Nationalisten um die offen separatistische Partei *Vlaams Belang* und die liberalen Parteien in beiden Regionen, die durch ihren Rückzug aus der Regierung den Urnengang erst provoziert hatten. Die Regierung unter dem amtierenden Ministerpräsidenten Yves Leterme war im April 2010 wegen des ungelösten Problems des Wahlkreises Brüssel-Halle-Vilvoorde auseinandergebrochen. Dieser Wahlkreis umfasst die Stadt und das Umland Brüssel, ist von Flamen und Wallonen durchmischts besiedelt und war von einer Aufteilung in einen rein flämischen (Halle und Vilvoorde) und einen zweisprachigen (Brüssel) Teil bislang ausgenommen. Es ist der einzige Stimmbezirk, in dem flämische und wallonische Parteien antreten. Das belgische Verfassungsgericht hatte eine Lösung für den Wahlkreis angemahnt, um die demokratische Legitimität künftiger Wahlen nicht zu gefährden. Eine Aufteilung des Gebietes ist jedoch insofern schwierig, als die Sprachgemeinschaften ihre Rechte gewahrt sehen wollen. Ein Kompromisspapier des früheren Premierministers und belgischen Elder Statesman Jean-Luc Dehaene fand keine politische Mehrheit. Die flämische liberale Partei wollte diesen Stillstand für sich wahltaktisch ausnutzen, indem sie dem Ministerpräsidenten Yves Leterme ein Ultimatum stellte. Treibende Kraft war der junge Vorsitzende der *Open VLD*, Alexander De Croo, der aus eigennütigen und selbstsüchtigen Erwägungen ein Thema instrumentalisierte, das in der Bevölkerung vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich an Brisanz verloren hatte. Letztlich ging dieses Wahlkalkül für die liberale Partei nicht auf.

Die Reaktionen auf das Wahlergebnis fielen im In- und Ausland höchst unterschiedlich aus. Für einige Kommentatoren steht Belgien am Abgrund und die Spaltung des Landes unmittelbar bevor, andere lenken den Blick nach vorne und interpretieren den Wählerwillen als Aufforderung an „die Regierenden, sich endlich um die wahren Probleme des Landes zu kümmern“, so Matthias Beermann von der Rheinischen Post. Die Wahlgewinner Elio Di Rupo und Bart De Wever scheinen diese Botschaft verstanden zu haben und trafen sich bereits zu informellen Gesprächen.

Im Folgenden werden die grundlegenden Wahl Tendenzen analysiert (1). Auf die Besonderheiten der Wahlen in Belgien (2) und auf die Attraktivität des Wahlgewinners Bart De Wever (3) wird ausführlich eingegangen. Ein abschließendes Fazit (4) lenkt den Blick auf Regierungsbildung und belgische Ratspräsidentschaft.

Grundlegende Wahltendenzen

Die politische Heterogenität Belgiens wurde mit den Wahlen bestätigt. Flandern wählt rechts, die Wallonie links. Die konföderale Stimmung im flämischen Teil kontrastiert mit der Subventions- und Umverteilungsmentalität im wallonischen Teil. Die politischen Losungen in Flandern beinhalten mehr regionale Eigenverantwortung und entschiedenerere Staatsreformen, die wallonischen Parteien versuchen dies zu blockieren und appellieren an die Belgier als Solidargemeinschaft. Die Hauptstadt Brüssel stellt eine besondere Herausforderung dar. Zuwanderung, Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und veraltete Infrastruktur lauten die drängenden Probleme der Hauptstadt Belgiens und Europas.

Die konföderale Stimmung in flämischen Teil wird getragen von einem langen historischen Gedächtnis. Flandern war in den Augen der Flamen eine Kolonie der französischsprachigen Elite aus der Wallonie. Das flämische Geschichtsbewusstsein rekurriert u.a. auf die brutalen Menschenopfer während des 1. Weltkrieges, die nicht zuletzt auf die gnadenlosen Befehle wallonischer Offiziere zurückzuführen waren, zumal deren französische Anordnungen von den niederländisch sprechenden Rekruten nicht verstanden wurden. Diese historische Unterdrückung suchte und sucht sich ihr Ventil. Im Kontext dieser Vergeltungsgelüste, um sich der wallonischen Dominanz zu entledigen, stand auch das flämische Sympathisieren mit dem Nazi-Regime. Der Wandel Flanderns vom Nehmer- zum Geberland und die Umkehrung des Regionalverhältnisses Reich-Arm befeuern das flämische Nationalbewusstsein und äußern sich politisch im Eintreten für politische, wirtschaftliche und kulturelle Autonomie.

Flämische Politiker greifen gerne zu populistischen und zum Teil demagogischen Parolen. Im Wortschatz flämischer Politiker fehlen meist die Begriffe Nationalstaat und belgische Gesamtinteressen. Vielmehr wird national durch föderal ersetzt, die nationale Regierung wird zur föderalen Regierung, aus einem emotionalen Bezug zu Belgien als Ganzem wird technokratische Distanz. Im Zentrum steht die Aussage, dass die Wallonie von Flandern alimentiert wird. Daraus leitet man die Forderung nach weiteren Staatsreformen ab. Zweifellos wandelten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Belgien. In allen relevanten Parametern wie Wirtschaftsleistung, Arbeitslosigkeit, Bildungsniveau und Lebensqualität verfügt der flämische Teil Belgiens über einen deutlichen Vorsprung vor der Wallonie. Gleichwohl sollte man solche Daten vorsichtig interpretieren. Die wallonischen Exporte werden über den flämischen Hafen Antwerpen abgewickelt und sichern damit Beschäftigung und Wirtschaftskraft. Würde sich der wallonische Außenhandel nach Rotterdam verlagern, würde auch Flandern darunter leiden. Vor dem Hintergrund eines umgekehrten Stärkeverhältnisses fordert die wallonische Bevölkerung Umverteilung, wirtschaftliche Unterstützung und v.a. sprachliche Sonderrechte. Größter Streitpunkt ist die Föderalisierung des Rentensystems. Die Folge wären signifikant unterschiedliche Rentenniveaus im flämischen und wallonischen Teil. Im politischen Diskurs schlagen wallonische Politiker in der Regel einen maßvollen Ton an und heizen die gespannte Rhetorik nicht an. Zu flämischen Skandalen wie Kreditkartenbetrügereien durch lokale Politiker in Antwerpen oder Korruptionsaffären äußerte man sich in der Wallonie meist sehr zurückhaltend.

Die zurückliegenden Parlamentswahlen verweisen auch auf den grundsätzlichen Dissens in den Prinzipien der föderalen Teilung und der Rechte der Regionen, die im Spannungsverhältnis zum Grundsatz personenbezogener Rechte stehen. Der Grundsatz personenbezogener Rechte impliziert die Geltung individueller Rechte auch über die Grenzen der regionalen Aufteilung und der Sprachgemeinschaften hinaus. Aus diesem ungelösten Spannungsverhältnis erwächst die politische Brisanz des belgischen Sprachensstreits.

Trotz aller politischen Heterogenität Belgiens und trotz einer komplizierten Regierungsbildung kann das Wahlergebnis auch eine Chance sein. Der Wählerwille deutet auf den Wunsch nach einer Depolitisierung des Sprachenstreits hin, zumal die Dehaene-Vorschläge einen tragfähigen Kompromiss darstellen. Belgiens Wähler fordern von ihrer politische Klasse die Konzentration auf prioritäre Regierungsaufgaben: Entschuldung, Modernisierung und Verwaltungsreform. Belgien leistet sich in den Regionen und Sprachgemeinschaften den Luxus zahlreicher Parlamente und Regierungen, die Geld und Zeit kosten sowie Kompetenzen verwischen. Dieses Modell der ausbalancierten Kompromiss- und Entscheidungsfindung hat sich heute überholt. Notwendig sind entschlossenes Regieren, eine Verschlankung der staatlichen Verwaltung, Investitionen in eine moderne Infrastruktur und soziale Reformen.

Die vorgezogenen Neuwahlen mit einer eventuellen langwierigen Regierungsbildung sorgten mit Blick auf die belgische Ratspräsidentschaft für zusätzliche Spannung. Allerdings sollte man beachten, dass der belgische Europa-Vorsitz formal zwar am 01. Juli beginnt, angesichts der Sommerpause ab Mitte Juli die europäischen Institutionen faktisch erst im September wieder in die Gänge kommen und bis dahin ausreichend Zeit verbleibt, um eine neue stabile Regierung zu formen. Zusätzlich sollte berücksichtigt werden, dass die wesentlichen Vorbereitungsarbeiten zur belgischen Ratspräsidentschaft noch unter der amtierenden und danach kommissarischen Regierung Leterme professionell liefen und in Abstimmung mit den relevanten Akteuren der europäischen Politik bereits die grundsätzlichen Ziele der Präsidentschaft formuliert wurden. Belgien will seine europäische Führungsrolle, so Olivier Chastel, Europastaatssekretär im belgischen Außenministerium, bescheiden ausüben und den schwierigen institutionellen Findungsprozess von Rat, Kommission und Parlament auf der Grundlage des neuen Lissabon-Vertrages nicht durch eigene Ambitionen und Eitelkeiten gefährden.

Besonderheiten des Wahlergebnisses

Ein genauerer Blick auf das Wahlergebnis offenbart, dass Flandern zwar konservativ wählt, in sich aber politisch zersplittert ist. Zählt man die flämischen Liberalen mit ihren wirtschaftsliberalen Positionen dem bürgerlichen Lager hinzu, herrscht in Flandern eine satte Mitte-Rechts-Mehrheit. Gleichwohl ist die Parteienlandschaft aufgesplittert. Die christdemokratische Mitte muss sich gegen regionalistische und nationalistische Parteien rechts von ihr behaupten, was ihr zusehends schwerer fällt. Die Taktik der CD&V, nationalistische Kräfte in ihre Reihen aufzunehmen und zu absorbieren, ging 10 Jahre lang auf. Seit dem 13. Juni hat die Strategie der Inklusion jedoch als gescheitert zu gelten. Und die liberale Konkurrenz seitens des *Open VLD* mag zwar aktuell geschwächt sein, bleibt aber grundsätzlich vorhanden. Schließlich stellten die flämischen Liberalen in den letzten Jahren mit Guy Verhofstadt auch mehrmals den belgischen Premierminister.

Bart De Wever etablierte sich als Stimmenführer des rechtskonservativen Lagers. Er ist ein wortgewandter, polyglotter Parteivorsitzender, der problemlos zwischen flämisch, französisch, deutsch und englisch wechselt. Er wird jedoch nicht in die Rolle des rechtspopulistischen Demagogen a la Le Pen oder Jörg Haider schlüpfen und dürfte daher für das Ausland durchaus ein akzeptierter Ansprechpartner sein.

Die Links-Wahl in der Wallonie konsolidiert das sozialistische Lager als bewusstes Gegengewicht zu den regionalistischen und separatistischen Parteien in Flandern. Der Parteivorsitzende der wallonischen Sozialisten, Elio Di Rupo, gilt als kompromissfähiger Politiker, der auch in Flandern auf große Akzeptanz stößt. Di Rupo verfügt über langjährige Regierungserfahrung, seine Partei war bereits an den relevanten Staatsreformen der letzten Jahre beteiligt und dürfte sich unter Di Rupo auch künftigen Notwendigkeiten kaum verweigern.

Aufmerksamen Wahlbeobachtern sollte nicht entgehen, dass die Zahl der Nichtwähler und ungültig Stimmenden deutlich angestiegen ist. Trotz Wahlpflicht liegt ihr prozentualer Anteil an den Wahlberechtigten jetzt bei über 15%. Die politische Klasse sollte dies nicht als *quantité négligeable* abtun. Vielmehr wird die politische Klasse zusehends an ihrer Problemlösungskompetenz gemessen. Im Vorfeld der Neuwahlen äußerten viele Wähler Unverständnis darüber, dass sich Belgiens Regierung den Luxus erlaubt, in Zeiten bedrohlicher Finanz- und Wirtschaftskrisen über einen Sprachen- und Wahlrechtsdisput zu zerfallen. Die Output-Legitimität des politischen Systems Belgiens zeigt deutliche Risse, auch wenn der belgische Wähler grundsätzlich an Regierungskrisen, Neuwahlen und die begrenzte Halbwertszeit von Kabinetten gewöhnt ist. Während der letzten, monatelangen Regierungskrise 2007 zeigte sich, dass die Wirtschaft auch ohne politische Führung prosperieren kann. Dieses Vakuum scheint aber heute vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr hinnehmbar.

Attraktiver Spitzenkandidat Bart De Wever

Wahlgewinner ist die Neue Flämische Allianz mit ihrem Spitzenkandidaten Bart De Wever, der mobilisierende Inhalte wie weitere Regionalisierung und Kompetenzzuwächse für die Regionen mit rhetorischer Überzeugungskraft verband und damit in Flandern in allen Wählerschichten Erfolge erzielte. Geschickt verpackte De Wever sein politisches Programm in moderate Töne, indem er Strukturhilfen konditionierte und regionale Eigenverantwortung anmahnte, ohne Solidarität in Frage zu stellen oder einer sofortigen Teilung des Landes das Wort zu reden. Er fordert eine Reduzierung bundesstaatlicher Kompetenzen auf die Außen- und Verteidigungspolitik, womit er die Stimmung unter den flämischen Wählern genau trifft. Mit dieser Forderung grenzt sich De Wever von separatistischen Aspirationen radikaler Parteien wie dem *Vlaams Belang* ab, die ihr Eintreten für die Unabhängigkeit Flanderns mit offen nationalistischen Parolen bekräftigen. Zugleich gilt die NVA allerdings weiter als die konservative Mitte-Rechts-Partei der flämischen Christdemokraten, die traditionell stärkste politische Kraft in der Region ist und sich auf ein starkes Netzwerk in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche stützt. Obwohl die CD&V-Führung wie die Parteivorsitzende und Europaabgeordnete Marianne Thyssen mit Blick auf notwendige Haushaltskonsolidierung und Sparzwänge eine einschneidende Reform des Finanzföderalismus hin zu deutlich mehr Konkurrenz und Wettbewerb fordert, bleibt die CD&V insgesamt dem Leitbild eines belgischen Gesamtstaates verpflichtet. Im Sieg der NVA liegt daher mehr Brisanz für das konservative Lager Belgiens, als es auf den ersten Blick scheint. Für manche Beobachter kommt der Sieg der Neuen Flämischen Allianz einem Erdbeben gleich, das die politische Landkarte Belgiens nachhaltig verändern wird. Aus den früheren Partnern im Kartell wurden jetzt Konkurrenten, die NVA, die nur dank der CD&V politisch überlebte, löste die Christdemokraten als stärkste Kraft Flanderns ab.

Es steht zu vermuten, dass Bart De Wever seinen Wahlsieg realistisch einschätzt. Nicht alle Wähler der NVA sind rigorose Nationalisten, sondern viele Protestwähler stimmten für Bart De Wever aus Unzufriedenheit mit der politischen Klasse insgesamt. Bart De Wever hat sein politisches Ziel erreicht. Er ist der wortgewaltige Stimmführer der flämischen Politik. Er wäre jedoch nicht gut beraten, daraus jetzt seinen Anspruch auf das Amt des belgischen Ministerpräsidenten abzuleiten. Dafür fehlen ihm mit 27 von 150 Sitzen im Parlament die Mehrheiten und es drohen langwierige, aufreibende Koalitionsgespräche, die sein Image als neuer Politstar beschädigen könnten. Bart De Wever dürfte sogar so klug, sein, nicht zu viele NVA-Minister in der 15-köpfigen belgischen Regierung zu fordern. Die NVA ist im Grunde eine Ein-Mann-Partei mit geringen Personalressourcen, der es schwer fallen dürfte, eine kompetente Ministerbesetzung vorzunehmen. Daher könnte De Wever eine Verhandlungstaktik Personen gegen Positionen verfolgen, um durch den Verzicht auf Ministerämter Inhalte wie mehr regionale Wirtschafts- und Sozialkompetenzen durchzusetzen.

Fazit

Angesichts fehlender klarer Mehrheitsverhältnisse im Parlament scheint die Bildung einer stabilen Regierung schwierig. Die personelle Konstellation mit den Wahlgewinnern Elio Di Rupo und Bart De Wever sowie der unstrittige Handlungsbedarf in der Wirtschafts-, Sozial- und Budgetpolitik geben jedoch eine Richtung vor, die durchaus in einer belastbaren Regierung resultieren kann. Für weitere Staatsreformen, an deren Notwendigkeit keiner zweifelt, braucht man im Bundesparlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit, in den Regionalparlamenten absolute Mehrheiten. Daraus folgt, dass Belgiens Regierung von den maßgeblichen Parteien auf föderaler und regionaler Ebene getragen werden muss. Dazu gehören die Parteien der Mitte, d.h. die Christdemokraten und die Sozialisten, die flämische NVA und die grüne Partei wegen der Regierungsbeteiligung von Ecolo in der Wallonie. Der belgische König Albert II. wird bald einen Informateur benennen, der in ersten Sondierungsgesprächen inhaltliche und personelle Varianten auslotet, und sodann einen Formateur berufen, der mit der Regierungsbildung beauftragt ist. Alles andere als die Benennung von Elio Di Rupo wäre überraschend.

Die belgische Ratspräsidentschaft sollte von der jetzt anstehenden Regierungsbildung nicht betroffen sein. Die Vorbereitungen liefen professionell, die derzeitige Regierung führt kommissarisch die Amtsgeschäfte weiter und die inhaltlichen Schwerpunkte in der Reihenfolge Wirtschaft und Finanzen, Soziales, Umwelt, Polizei und Justiz sowie Außenbeziehungen, Erweiterung und Europäischer Auswärtiger Dienst wurden in Positionspapieren skizziert und in enger Abstimmung mit den maßgeblichen EU-Akteuren Manuel Barroso und Herman Van Rompuy präzisiert. Europa hat, wie im Falle Tschechiens, schon Regierungen während einer Ratspräsidentschaft zerfallen sehen. Von den gegenwärtigen Unwägbarkeiten in der belgischen Innenpolitik dürfte daher kaum Lähmungsgefahr für Europas Politik ausgehen, zumal mit Herman van Rompuy ohnehin ein erfahrener belgischer Politiker mit exzellenten Verbindungen zum belgischen Beamtenapparat an der Spitze Europas steht.

Christian Forstner
AM Brüssel